Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Spalten-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ℳ 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Bedürftiger 15), auswärts 35, für die 60 mm breite Petit-Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Textzeile 55, auswärts 65 Goldpfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12225.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.
Fernsprecher: Aue 31, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 581. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 25. | Freitag, den 30. Januar 1925. | 78. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Auf Blatt 454 des Handelsregisters, Wäsche-Industrie-Aktiengesellschaft in Schneeberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Prokura des Kaufmanns Willi Fritzsch ist erloschen. Prokura ist erteilt dem Handlungsgehilfen Paul Rudert in Aue in der Weise, daß er nur gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied zur Zeichnung der Firma berechtigt ist.

Amtsgericht Schneeberg, den 27. Januar 1925.

Holzversteigerung.
Stadt- und Kirchenwald Lößnitz.

Im Gasthaus zum Goldenen Anker in Lößnitz sollen Mittwoch, den 4. Februar,

1. vorm. 9 Uhr 524 w. Stämme 10—19 cm, 109 w. Stämme 20—32 cm, 13 Stck. Klötze 13—19 cm, 537 fi. Klötze 7—12 cm, 192 fi. Klötze 13—32 cm, 4000 fi. Stangen 3—7 cm, 614 fi. Stangen 8—15 cm, aufbereitet im Stadtwald Abt. 1, 6, 7, 10, im Kirchenwald Abt. 4, 6, 13, 17, 27, 28;
2. vorm. 11 Uhr: 7,5 rm Brennholz, 46 rm Stöcke, 53 rm Reisig, aufbereitet im Kirchenwald Abt. 4,

gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Lößnitz, den 28. Januar 1925.

Rat der Stadt und Kirchenvorstand.

Der neue Reichshaushalt.

Berlin, 28. Januar. Die heutige Sitzung des Haushaltausschusses des Reichstages wurde mit einer Etatrede des Reichsfinanzministers von Schlieben eröffnet. Der Minister zeigte im einzelnen, wie es nur durch das unter der zwingenden Not eingeführte System mit der Festigung der Reichsausgaben in Verbindung mit der günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen gelungen sei, die Finanzwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Der Minister gab dann einen Ueberblick über das Aufkommen unserer Zölle und Steuern, aus denen sich eine Mehreinnahme von ungefähr 1360 Millionen Mark ergab, von denen dem Reiche rund 860 Millionen verbleiben. Zusammen mit den Einnahmen aus der Münzprägung ergab sich für das Reich insgesamt eine Mehreinnahme von 1200 Millionen Mark. Nach Deckung der sich aus dem Reichshaushaltplan für 1924 ergebenden Fehlbeträge hat das Reich bis jetzt immer noch einen reinen Ueberschuß von 940 Millionen Mark. Der Minister gab dann über die Verwendung der Ueberschüsse Auskunft und erklärte, daß diesen Verpflichtungen des Reiches gegenüberständen, deren Höhe die Ueberschüsse noch immer etwa um 140 Millionen Goldmark übertreffen. Soweit die Dinge zurzeit überblickt werden können, werde das laufende Haushaltjahr 1924 am 31. März 1925 ohne Defizit abschließen. Die Behauptung, daß das Reich „in Geld schwimme", entbehre jeder inneren Berechtigung. Das Ergebnis der abgeschlossenen Finanzperiode sei lediglich eine Atempause für die Entwicklung der Reichsfinanzverwaltung und die Möglichkeit des Abtragens der dringendsten Schuldverbindlichkeiten.

Der Finanzminister erörterte dann die Beamten- und die Aufwertungsfrage. Er stellte fest, daß die Beamtenschaft als wichtigste Stütze des Staates jederzeit dienstfähig und dienstfreudig erhalten werden müsse. Er kündigte eine zweite Aenderung der Personalabbauverordnung an. In der Aufwertungsfrage bezog sich der Finanzminister auf die Erklärungen der Reichsregierung. Die Aufwertungsfrage dürfe nicht allein in fiskalischem Interesse verhandelt werden, auch die soziale Gerechtigkeit müsse unter Wahrung des Fortbestandes der wirtschaftlichen Kräfte erfüllt werden. Die Aufwertung müsse an dem Leistungsvermögen der Wirtschaft ihre Grenze finden. Wie sich die Regierung die Lösung der Aufwertungsfrage denke, werde aus dem dem Reichstage zugehenden Gesetzentwurf zu ersehen sein. Jedenfalls müsse die Lösung für die Wirtschaft eine endgültige sein. Ein Anspruch auf Berücksichtigung sei ferner denen zuzuerkennen, welche unter dem Zwange der Rechtsvorschriften noch in der Zeit der Geldentwertung öffentliche Anleihen erworben haben.

Der Finanzminister besprach dann die Einnahmeseite des Etats. Diese sei abhängig von der künftigen Steuergesetzgebung. Die Steuergesetze würden in den nächsten Tagen dem Reichsrat und dann dem Reichstage zugehen. Sie sollen nicht größere Steuerleistungen aus der Wirtschaft herausziehen, sondern die aus der Inflationszeit stammenden übermäßigen Belastungen abbauen und auf den wirklichen Ertrag der Wirtschaft Rücksicht nehmen. Schwierig sei die Frage der Umsatzsteuer. Es würde zu prüfen sein, ob nicht im System der Länder und Gemeinden eine Aenderung zu erfolgen habe. Der Finanzminister schätzt die öffentliche Steuereinnahme für das kommende Rechnungsjahr und auch für das folgende auf rund 6 Milliarden, von denen aber 2 Milliarden für die Länder und Gemeinden bestimmt sind. Aber auch die Reparationslasten dürften nicht vergessen werden. Die fortdauernden Ausgaben würden in den nächsten fünf Jahren kaum unter 2 Milliarden 500 Millionen bis 2 Milliarden 700 Millionen jährlich zu halten sein. Neue Ausgaben könnten ständig hinzutreten. Der Gesamtbedarf des Reiches werde mit etwa 4 Milliarden im Jahre 1925 beginnen und bis zum Jahre 1930 auf mindestens 4 Milliarden 900 Millionen steigen. Das sei ein außerordentlich trübes Bild.

Ueber die Gesamtaktion zur Entschädigung der Bevölkerung an Ruhr und Rhein werde dem Reichstage bald eine eingehende Denkschrift vorgelegt werden. Der Reichsfinanzminister betonte zum Schluß, daß Deutschland der Gefahr eines neuen finanziellen Zusammenbruchs nur entgehen könne, wenn man auf der einen Seite durch baldige Verabschiedung der Steuergesetze, ohne die Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft zu gefährden, dem Reiche, den Ländern und Gemeinden gebe, was sie zum unmittelbaren Lebensbedarf benötigen und sich auf der anderen Seite bei der Beratung der Anträge zum Etat und der sonst gestellten Anträge diejenige Beschleunigung auferlegt, die zur dauernden finanziellen Gesundung des Deutschen Reiches unerläßlich sei.

Gegen die Gefahren der Aufwertung.

Berlin, 28. Januar. Heute sind die Spitzenverbände der Landwirtschaft, der Industrie, des Großhandels, des Einzelhandels, der Schiffahrt, des Handels und des Bankwesens beim Reichswirtschaftsministerium vorstellig geworden, um dessen Aufmerksamkeit auf die wirtschafts- und währungspolitischen Wirkungen zu lenken, die sich aus einer über die 3. Steuernotverordnung hinausgehende Aufwertung der Hypotheken, Industrieobligationen und sonstigen Privatforderungen, sowie auf der uferlosen Erweiterung des Kreises der aufwertungsfähigen Privatforderungen ergeben müssen. Unter Zustimmung des Vertreters des Reichsbankdirektoriums wurde von allen Verbänden betont, daß eine Erweiterung der Aufwertung die Grundlagen der Währungsstabilisierung sowie die in den Goldbilanzen vorhandenen Unterlagen des Kredites der Wirtschaft im In- und Ausland ernstlich gefährden muß, und daß im weiteren Verfolg solcher Maßnahmen die Steuerkraft der Bevölkerung vor unerfüllbare Ansprüche gestellt wird. Es wurde dargelegt, daß die Aufwertungsmöglichkeit für die meisten der hier in Betracht kommenden Rechtsverhältnisse an der für den Schuldner bestehenden rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Unmöglichkeit scheitern muß, von seinen privatrechtlichen oder öffentlich rechtlichen Schuldnern Aufwertung zu verlangen. Die Verbände stellten die Forderung auf, daß dieser Gegenstand ausschließlich vom Standpunkt der Interessen der Gesamtwirtschaft und der gesamten Bevölkerung behandelt wird. Sie verlangten ferner alsbaldige Schaffung einer klaren, alle Zweifel ausschließenden Rechtslage, die diese Verhältnisse den Zufälligkeiten des richterlichen Ermessens im Einzelfall entzieht und namentlich davon absieht, durch solche rückwirkenden Eingriffe in erledigte oder sich abwickelnde Schuldverhältnisse Verwirrung und Unordnung in das gesamte Wirtschaftsleben zu tragen. Bei einer solchen Regelung muß nach der Ueberzeugung der vertretenen Verbände an der Grundlage der dritten Steuernotverordnung unter allen Umständen festgehalten werden. Die Verbände richteten an den Reichswirtschaftsminister die Bitte, dem Reichstag ihren Wunsch zu übermitteln und Gelegenheit zur Vertretung ihrer Auffassung vor dem Aufwertungsausschuß des Reichstages zu erhalten.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 28. Januar. Die ersten Besprechungen zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl haben gestern zwischen Demokraten und Zentrum stattgefunden. Auf Wunsch des Zentrums wurden die weiteren Besprechungen bis nach der Neubildung der Preußenregierung vertagt. Die Besprechungen waren vertraulich. Auch die Deutsche Volkspartei will am Sonnabend sich mit der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten befassen. Eine Notiz im „Vorwärts" ist dahin auszulegen, daß die Sozialdemokratie an der Person Eberts festhält und daß sie auf Unterstützung der Demokraten und eines Teiles des Zentrums rechnet. Der „Vorwärts" rechnet auch mit einer Wiederwahl Eberts. In der gestrigen Sozialdemokraten-Versammlung im Sportpalast wurde bei Nennung eines Wahlkandidaten der Rechten das Wort „Generalstreik" gerufen.

Um den Handelsvertrag mit Frankreich.

Berlin, 28. Januar. Die französische Antwort auf die Rückfragen, die die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen in Paris gestellt hatte, wird als sehr unbefriedigend bezeichnet. Die französischen Zugeständnisse seien so minimal, daß es der deutschen Wirtschaft unmöglich erscheine, sie anzunehmen. Der französische Handelsminister habe für das vorgeschlagene Provisorium vier Warenlisten aufgestellt, auf Grund deren nur für solche Waren der französische Minimalzolltarif Anwendung finden soll, die für eine Ausfuhr nach Frankreich kaum in Frage kommen, während diejenigen Waren, an deren Ausfuhr die deutsche Wirtschaft interessiert sei, unter den erhöhten Tarifvertrag fielen. Eine Entscheidung über die französischen Vorschläge dürfte erst nach der Berichterstattung des Staatssekretärs Trendelenburg an das Reichskabinett zu erwarten sein.

Berlin, 28. Januar. Hier wurde heute eine deutsch-amerikanische Handelskammer gegründet. Dr. Alfred Kray wurde der Vorsitz übertragen.

Deutsche Schritte in der Sicherheitsfrage?

Paris, 28. Januar. „Matin" macht sich heute erneut zum Echo der Gerüchte, welche wissen wollen, daß die deutsche Regierung im Begriffe sei, Frankreich einen Garantievertrag vorzuschlagen. Der Vorschlag stehe nahe bevor. „Daily Expreß" kündigt an, daß die deutsche Regierung ihre Botschafter und Gesandten in den Hauptstädten der Alliierten beauftragt habe, den Alliierten zu erklären, daß Deutschland bereit sei, einen Sicherheitspakt mit den Alliierten abzuschließen, wenn die Alliierten bereit seien, sich zu einer baldigen Räumung der Kölner Zone zu verstehen.

•

Englands Sicherheitswünsche.

Berlin, 28. Januar. Die „Voss. Ztg." meldet aus London: Seit einigen Wochen ist ein Meinungsaustausch zwischen London, Paris und Brüssel im Gange über die Lösung der Sicherungsfrage. Ein konservativer Militärsachverständiger, der Gelegenheit hatte, nicht nur den englischen, sondern auch den französischen und den belgischen Standpunkt kennen zu lernen, wies darauf hin, daß England den Besitz der Schelde-Linie seitens einer befreundeten Macht und ein entmilitarisiertes Rheinland als wesentliches englisches Interesse betrachten müsse. Die englischen Militärsachverständigen seien überzeugt, daß Deutschland weder die Absicht habe, noch dazu im Stande sei, zur Zeit einen Krieg mit England oder gegen diese von England für seine Sicherung für lebensnotwendig gehaltene Position anzufangen. Da man jedoch nicht vorhersehen könne, wie stark der militärische Einfluß in Deutschland in 10 oder 20 Jahren werden könnte, halte man es auf englischer Seite für zweckmäßig, Deutschland auf diplomatischem Wege von denjenigen militärisch-technischen Abmachungen Kenntnis zu geben, die England mit Frankreich und Belgien abschließen werde, um die Rhein-Schelde-Linie gegen militärische Angriffe von Osten her zu sichern.

•

Die französische Presse und die deutsche Antwortnote.

Paris, 28. Januar. Die deutsche Antwort auf die Note über die Verlängerung der Besetzung Kölns wurde gestern nachmittag telephonisch aus Berlin nach Paris übermittelt. Die Morgenblätter melden, daß eine Antwort der Verbündeten darauf nicht erfolgen werde, da die Alliierten in zwei Wochen an Hand des Schlußberichtes der Kontrollkommission eine letzte zusammenfassende Note abfassen würden. „Matin" hebt hervor, Stresemann habe es bei einem persönlichen Protest bewenden lassen müssen. In der Schnelligkeit der Beantwortung der interalliierten Note sehe man einen Beweis dafür, daß das Kabinett Luther auf dem Gebiete der Außenpolitik regste Tätigkeit entfalten wird. „Temps" meint: Trotz der Schnelligkeit könne der Reichskanzler auch nicht den Beweis erbringen, daß Deutschland abgerüstet habe. Die interalliierte Kontrollkommission habe unwiderlegbare Feststellungen gemacht, die ein einfaches Dementi nicht entkräften könnten. Der nationalistische „Gaulois", der sich an Uebertreibungen nicht genug tun kann, nennt die deutsche Note einen neuen Schlag in das Gesicht der Verbündeten. Reichskanzler Dr. Luther vertausche die Rollen und fordere, daß die Verbündeten Regierungen den Beweis für die Verfehlungen erbrächten, um ihre einseitigen Urteile zu rechtfertigen.

•

London, 28. Januar. In der Kritik an der von Deutschland überreichten Note zur Räumungsfrage legt sich die englische Presse die größte Zurückhaltung auf. „Times" glaubt zu wissen, daß die interalliierte Militärkontrollkommission die deutschen Begleitoffiziere dahingehend unterrichtet hat, daß sie beabsichtigen, ihre Inspektionsbesuche fortzusetzen. Diese Mitteilung hat in amtlichen deutschen Kreisen beunruhigend gewirkt, da man allgemein der Ansicht gewesen sei, daß die Dauer der Inspektion, die im September zu laufen begonnen habe, durch Abkommen mit den Alliierten eng umschrieben gewesen sei. Die deutsche Regierung, so scheine es, beabsichtige im Laufe der nächsten Tage den friedlichen diplomatischen Weg zu benutzen, und es sei zu erwarten, daß sie zunächst an die Gesandten der Alliierten in Berlin herantreten werde. Falls diese Verhandlungen Fortschritte zeitigten, würde Frankreich vermutlich das Angebot eines Sicherheitspaktes erhalten.

Leipzig, 28. Januar. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz sowie wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz hatten sich heute vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes der Hilfsarbeiter Schmidt aus Stuttgart, der Hilfsredakteur Rudolf Pobobecky aus Karlsruhe und der Bandagist Walter Haebisch aus Bottwanne zu verantworten. Die Angeklagten haben verschiedene Personen zur Beschaffung von Sprengstoffen veranlaßt, Haebisch hatte außerdem versucht, die Jugend zu Straßendemonstrationen aufzuwiegeln. Das Urteil lautete gegen Schmidt auf 2 Jahre Zuchthaus und 200 Mk. Geldstrafe, Pobobecky auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe.

SLUB
Wir führen Wissen.